

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/208
27. Oktober 1972

Indochina und wir Deutschen

Erste Hoffnung auf ein Kriegsende in Vietnam
Seite 1 / 27 Zeilen

"Unions"-Märchen aus 1001 Nacht

Rauhe Fakten gegen den Vermögensplan der
CDU/CSU
Seite 2 bis 4 / 115 Zeilen

Barzels Ersatz-Reserve ist imposant

Alarm-"Argumente" der "Union" zerfasern im
Tageslicht
Seite 5 und 6 / 78 Zeilen

Bundeskanzler im Betrieb

Bei Erhard und Kiesinger wars freilich noch
okay
Seite 7 und 8 / 56 Zeilen

München ist natürlich nicht Bonn

Bayerns CSU-Regierung beteiligt sich an
Wahlkampf
Seite 9 / 42 Zeilen

Die Glosse des SPD-Pressedienstes

Pressefreiheits-Merkspruch für Axel C. Springer

Seite 10 / 40 Zeilen

Indochina und wir Deutschen

Ernste Hoffnung auf ein Kriegsende in Vietnam

Wenn es tatsächlich zum baldigen Waffenstillstand und später vielleicht auch zum Friedensschluß in Indochina kommen sollte - man kann sich noch nicht so recht zu der Formulierung "kommen wird" entschließen -, dann stehen nicht nur die Amerikaner und ihre Alliierten sowie die seit Jahrzehnten durch die Kriegsfurie zu Tode gequälten Menschen in beiden Staaten Vietnams und in den angrenzenden Gebieten vor einer kaum noch erhofften glücklichen Wende. Auch die Europäer und wir Deutsche können mit aufatmen, denn es würde endlich einer der schlimmsten Katastrophenherde unserer Welt ausgetreten werden, von dem aus eine ständige Bedrohung des Weltfriedens und vielerlei Beeinträchtigungen und Beschwernisse auch unseres eigenen staatlichen und privaten Lebens ausgegangen sind.

Die Umstände des Bekanntwerdens der mühevollen Verhandlungen, an denen der politische Nixon-Berater Henry Kissinger großen Anteil hat, scheinen nicht besonders erfreulich zu sein. Auch die unmittelbar an die verfrühte Publikation anschließenden Entwicklungen verdienen keine bessere Bewertung. Aber das große Ziel sollte solcherlei Negative übersehen lassen können.

Wichtig und notwendig allein ist, daß in Vietnam die Waffen schweigen und die Menschen leben können. Es muß ein gesicherter Frieden werden, ein Frieden, der so gerecht wie nur irgendmöglich ist und so wenig wie möglich neue Quellen von Haß offenläßt. Wenn das gelingt, dann werden auch wir uns der positiven Folgen des "Feuer-Endes" in Vietnam herzlich mit erfreuen können. Wir werden dann den Frieden auch unmittelbar bei uns spüren: psychologisch, politisch und materiell. (ec/27.10.1972/bqy/ec)

+ + +

"Unions"-Märchen aus 1001 Nacht

Rauhe Fakten gegen den Vermögensplan der CDU/CSU

Landauf landab läßt zur Zeit die CDU/CSU ihr Hohes Lied von der Vermögensbildung erklingen. Unter dem Schlagwort "Eigentum für jeden" verkündet die CDU in ihren von der Geldaristokratie finanzierten Anzeigen, daß die Arbeitnehmer, wäre der "Unions"-Vermögensplan Gesetz geworden, bis heute 20 Milliarden DM mehr Eigentum hätten. Ja, sie versteigt sich dabei sogar zu der Behauptung, die SPD hätte ihren Gesetzentwurf abgelehnt.

Mit dieser Anzeige hat die CDU einen neuen Gipfel der Unwahrheit und Unseriösität erklommen. Diese Zahlen und Fakten beweisen es:

1/ Unseriös wie bei allen Finanzproblemen im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich sind auch die Zahlenangaben der CDU/CSU zur Vermögenspolitik. Sie werden von ihr je nach Stimmung und Laune aus der Luft gegriffene Milliardenbeträge genannt, um zu beweisen, wie "reich" die Arbeitnehmer geworden wären, wenn sie ihren Vermögensplan verwirklicht hätte. Während der CDU/CSU-Gesetzentwurf über ein Beteiligungslohngesetz ("Burgbacher-Plan") vom April 1970 überhaupt keine Zahlenangaben bezüglich der Höhe der jährlichen Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand enthielt, sprach der in Wahlzeiten aus der Ecke hervorgeholte Sozialpolitiker Hans Katzer auf dem CDU-Parteitag in Wiesbaden großspurig von 12 Milliarden DM, die die Arbeitnehmer erhalten hätten, wenn der "Unions"-Plan realisiert worden wäre. In Zeitungsanzeigen und in der Fernsehwerbung am 26.10.1972 schließlich legt man großzügig noch acht Milliarden DM zu und gaukelt den Arbeitnehmern vor, ihnen wären von der SPD 20 Milliarden DM vorenthalten worden.

Es scheint schlimm um den Vermögensplan der CDU/CSU zu stehen, wenn selbst nicht einmal der Erfinder weiß, wieviel die Arbeitnehmer nach seinem so viel gepriesenen Vermögensplan wirklich erhalten sollten. Aber in der Manipulation von Zahlen und Fakten war die CDU/CSU schon immer einsame Spitzenklasse. Das

wissen inzwischen auch die Arbeitnehmer in unserem Lande.

2/ Die CDU/CSU verschweigt sowohl in ihrem Gesetzentwurf als auch in ihren Wahlkampfanzeigen die Höhe der Belastung, die bei einer Verwirklichung ihres Vermögensplanes auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zukommen würde: Es handelt sich immerhin um nicht weniger als 5,44 Milliarden DM jährlich, wovon der Bund 3,18 Milliarden DM und die Länder und Kommunen 2,26 Milliarden DM aufzubringen hätten.

Dieser Tatbestand und nichts anderes war schließlich auch der Grund, warum die CDU/CSU selbst im Haushaltsausschuß des VI. Deutschen Bundestages am 19. Januar 1972 die Absetzung ihres Beteiligungslohngesetzes von der Tagesordnung verlangt hatte. Der Etsausschuß war vom federführenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung angerufen worden, um die haushaltsmäßigen Auswirkungen dieses Gesetzentwurfes zu überprüfen. Also nicht die SPD und ihr Koalitionspartner haben den "Burgbacher-Plan" abgelehnt, sondern Abgeordnete der CDU/CSU haben ihren eigenen Gesetzentwurf zu Fall gebracht. Dieser dilettantische Gesetzentwurf, der weder die vollen finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte noch irgendwelche Deckungsvorschläge enthält, war wohl auch ihnen selbst peinlich geworden.

3/ In ihrer Wahlwerbung verschweigt die CDU/CSU weiterhin - und das dürfte nicht unwichtig sein -, daß ihr Vermögensplan die Geldwertstabilität gefährdet. In der Begründung ihres Gesetzentwurfes (vgl. Bundestags-Drucksache VI/616, S. 8 und 9) gibt sie dies hingegen offen zu, denn dort heißt es:

"Andererseits wird das Postulat der Geldwertstabilität tangiert, wenn die neuen vermögenswirksamen Leistungen Preissteigerungen hervorrufen. Es hängt von der jeweiligen Marktlage und konjunkturellen Situation ab, inwieweit es zu Überwälzungen kommt: Bei Hochkonjunktur werden Überwälzungen leichter möglich sein und auch erfolgen, während bei normaler Konjunktur oder gar Stagnation die vermögenswirksamen Leistungen eher zu Lasten der Gewinne gehen können".

Das heißt aber nichts anderes, als daß bei Vollbeschäftigung

spricht Hochkonjunktur die Unternehmer den Beteiligungslohn weitestgehend auf die Preise überwälzen können und werden, so daß die Arbeitnehmer einen Teil der vermögenswirksamen Leistungen über die Preise den Unternehmern "rückvergüten" müssten. Wie leicht es ist, bei Stagnation, d.h. bei einer "gewollten Rezession" Vermögen zu bilden, wissen all die Arbeitnehmer, die 1966/67 arbeitslos waren, in Kurzarbeit standen oder um ihren Arbeitsplatz bangen mußten, sehr genau. Sie stehen der CDU/CSU sicher gern für Auskünfte zur Verfügung. Aber vielleicht gilt für die CDU/CSU der Slogan "Spare in der Not, da hast Du Zeit dazu" !

Wir ziehen das Fazit:

1/ Der Vermögensplan der CDU/CSU ist finanziell unsolide und gefährdet die Geldwertstabilität.

2/ Der Vermögensplan der CDU/CSU führt zu einer enormen Belastung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Allein im Jahr 1972 wären Belastungen von rd. 5,5 Milliarden DM auf die öffentlichen Haushalte zugekommen, so daß bei unveränderter Finanzmasse weniger Schulen, Krankenhäuser, Straßen usw. hätten gebaut werden können.

3/ Der Vermögensplan der CDU/CSU benachteiligt lohnintensive Betriebe des Mittelstandes, denn sie hätten weit höhere finanzielle Lasten zu tragen, als kapitalintensive Betriebe.

4/ Der Vermögensplan der CDU/CSU dient somit lediglich zur Verschleiерung der Tatsache, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der 20jährigen CDU/CSU-Regierungszeit nicht in der Lage war, die Ursachen für die skandalöse Vermögensverteilung in der Bundesrepublik zu beseitigen.

Statt unhaltbare und unseriöse Versprechungen wie die CDU/CSU auf dem Gebiet der Vermögensbildung zu machen, handelte die sozial-liberale Koalition. Mit dem 624-DM-Gesetz wurden die Voraussetzungen für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand entscheidend verbessert. Dieses Gesetz hat innerhalb von zwei Jahren zu einem großen Erfolg geführt. Denn während 1969 nur 5,7 Millionen Arbeitnehmer vermögenswirksam sparten, sind es 1972 bereits über 17 Millionen. Das sind mehr als zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten. Der angelegte Sparbetrag stieg dabei von 1,6 Milliarden DM 1969 auf knapp acht Milliarden DM 1972.

Sicher eine stolze Bilanz. Aber damit soll es nicht sein Bewenden haben. Denn noch immer halten 1,7 vH. der Bevölkerung rd. 70 vH. des Produktivvermögens in ihren Händen. Die SPD hat deshalb einen Vermögensplan entwickelt, der ohne Antastung des bestehenden Vermögens vorsieht, daß alle Arbeitnehmer am zukünftigen Vermögenszuwachs der Wirtschaft beteiligt werden. Dieser Vermögensplan stellt nicht nur eine echte Alternative zum CDU/CSU-Zwangssparplan dar, sondern ist auch ökonomisch vertretbar. Denn durch ihn wird weder die Geldwertstabilität gefährdet noch der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Die neue Bundesregierung Brandt wird diesen Plan verwirklichen.

Dr. Hubert Voigtländer
(-/27.10.1972/ks/ex)

Barzels Ersatz-Reserve ist impotent

Alarm-"Argumente" der "Union" zerfasern im Tageslicht

Die mangelnde fachliche Qualifikation prominenter "Unions"-Politiker bringt es - fast möchte man sagen: zwangsläufig - mit sich, daß Strauß, Barzel und Co. immer unkontrollierter auf Hilfstrophen zurückgreifen. Das Spektrum dieser Ersatz-Reserve hat ungeahnte Möglichkeiten, und zwar in jeder Hinsicht.

Die "Steuer-Notgemeinschaft", in der Bonner Schumann-Straße ansässig, flieht die Leser der jüngsten "SPIEGEL"-Ausgabe an, sich doch an die unter gleicher Adresse residierende "Studiengesellschaft für Eigentumsfragen" zu wenden, wenn sie mehr über das Thema "Enteignung durch Steuern" wissen wollen. Dazu bemerkt die "Notgemeinschaft":

1/ "Vier Monate im Jahr arbeiten wir schon jetzt für Steuern und Sozialausgaben". Nun, sie vergaß, daß "Unions"-Regierungen sowohl die Verantwortung für den Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge ebenso mittragen wie sie allein für das Ausmaß der Einkommen-, Körperschafts-, Lohn-, Kapitalertrags-, Kapitalverkehrs- und Versicherungssteuer verantwortlich sind. Die durch SPD/FDP-Politik gesteuerte Anhebung der Branntwein-, Mineralöl- und Tabaksteuersätze nimmt sich dagegen mehr als bescheiden aus.

2/ "Die deutsche Wirtschaft ist schon jetzt eine der Höchstbesteuerten in Europa". Abgesehen davon, daß dafür (siehe oben) nicht die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen sind, bleibt völlig unerwähnt, daß die deutsche Wirtschaft das am besten funktionierende ökonomische System in Europa ist.

3/ "Selbständige werden schon jetzt so besteuert, daß ihnen die Lust an der Selbständigkeit vergeht". In 20 CDU-regierten Nachkriegsjahren ging der Anteil der Selbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen von 15,9 vH. auf 10,9 vH. - also um ein Drittel - zurück. In absoluten Zahlen: Um mehr als 315.000. In der gleichen Zeit sank die Zahl der vorwiegend bei selbständigen arbeitenden mithelfenden Familienangehörigen um mehr als 1,2 Millionen auf 1,84 Millionen Ende 1970. Sie ging zurück, weil die CDU-Wirtschafts- und Steuerpolitik entsprechend gewesen war.

Wie können wir überdies - wie von der "Steuer-Notgemein-

schaft" weiter schwarzgemalt wird - durch Steuern ausgeblutete Unternehmen angeblich nicht mehr investieren und ihre Positionen auf den Weltmärkten verlieren, wenn die von Strauß als Kronzeugen mißbrauchten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten feststellen:

1/ "Die realen (also preisbereinigten) Ausrüstungsinvestitionen aller Wirtschaftsbereiche dürften im kommenden Jahr um sieben vH. steigen".

2/ "Ausfuhr hält Schritt mit der Expansion des Welthandel" und steigt um 11 vH. (nominal) auf 206 Milliarden DM (realer Zuwachs 8,5 vH.).

Wenn aber die gleichen Institute, die diese Prognose abgeben, zu der von Strauß und Barzel eher lauthals als überzeugend beschworenen Inflationsbekämpfung Steuererhöhungen fordern und (teilweise) eine DM-Aufwertung über dem Umweg eines freigegebenen Wechselkurses empfehlen, legt man bei der "Steuer-Notgemeinschaft" rasch die Lesebrille beiseite.

Dafür springt dann das sonst eher schweigsame "Institut für Finanzen und Steuern" in die Bresche, ohne daß Strauß und Barzel merken, daß mit den Erkenntnissen dieses Institutes genau jene Angaben unterlaufen werden, die der CDU-Planungsstab von der "Schutzgemeinschaft deutscher Sparer" übernommen hat und die Dr. B. von B. in die "Dokumentation" zur Inflation zur Hand gab:

1/ Errechnete die "Sparerschutzgemeinschaft" für 1972 einen Inflationsverlust von 24 Milliarden DM;

2/ prognostizierte das "Institut Finanzen und Steuern" einen Wertverlust der Ersparnis von Privatpersonen" in Höhe von 15,9 Milliarden DM.

Selbst wenn unterstellt wird, daß es sich dabei um die Halbjahreszahl handelt (was wegen der monatlich unterschiedlichen Spar- und Inflationsraten unwahrscheinlich ist), so ergäbe sich für das ganze Jahr ein Satz von 31,8 Milliarden DM, der wieder erheblich von der "Sparerschutz"-Angabe differiert. Es paßt also nichts zusammen.

Die blamable Bilanz: Die Politiker der Opposition rufen nach Stabilität und verdammen die Inflation. Wenn die sozialliberale Regierung handelt oder wirksame Maßnahmen ankündigt, posaunen die (obgewollten oder ungewollten) Hilfstruppen der Opposition, das totale Chaos stehe bei solchen Schritten unmittelbar bevor. Das ist nicht nur lächerlich und traurig. Das ist nichts anderes als mißose Maskerade.

Theodor Tremmes
(-/27.10.1972/ks/ex/50)

Bundeskanzler im Betrieb

Bei Erhard und Kiesinger wars freilich noch okay

"Als früherer Wirtschaftsminister belebt es mich stets aufs neue, wenn ich moderne Produktionsstätten mit guten und gesicherten Arbeitsplätzen sehe", freute sich (laut "Westdeutscher Rundschau" in Wuppertal) am 25. August 1965 Professor Dr. Ludwig Erhard: damals, als er noch Bundeskanzler gewesen war und es auch bleiben wollte. Es war um die Zeit, zu der in Deutschland Bundestagswahlen ins Haus standen. Die "belebende" Produktionsstätte war das Werk Laaken der Firma Vorwerk & Co., in deren Werkhof ein Mikrofon für den "Vater der Sozialen Marktwirtschaft" bereit stand. Ganz zufällig.

Im gleichen Hof wahlkämpfte der Professor nach volibrachter Werksbesichtigung mit Plauschen an der Basis der arbeitenden Bevölkerung: "Sie wissen und erkennen, daß die bisherige Politik zu Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt hat". Und nicht ausgesprochen und wohl damals auch noch nicht erdacht: "Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität - darum CDU !"

In rascher, zwangloser Folge wurde weiter "besichtigt":

Am 2. September 1965 die Bauwerft der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft;

am 6. die "Raketenwerkstatt" der Firma Bölkow in München;

am 10. die Melitta-Werke in Minden; und

am 11. die Sammelkläranlage des Zweckverbandes "Abwasserreinigung Oberes Lonetal" in Halzhausen.

Besuche folgten auch bei den Firmen Dorndorf (Saarbrücken), Buderus'sche Eisenwerke (Wetzlar), Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Fichtel & Sachs AG und Werk II der SKF Kugellagerfabriken (alle drei in Schweinfurt). Die "Nürnberger Nachrichten" konnten sich

zum Schweinfurter langen Marsch durch die Betriebe die Bemerkung nicht verkneifen, in den drei großen Werken stünden die Arbeiter herum, als ob sie sagen wollten: "Ob er uns wohl verzoht, wenn wir ihn nicht wählen?".

Die Melitta-Werke in Minden standen vier Jahre später wieder auf dem "Besichtigungs-Programm" eines Bundeskanzlers, eines neuen Paradedepfendes der "Unions"-Christen namens Dr. Kurt Georg Kiesinger.

Die "Westfälische Rundschau" wußte am 23. September 1969 von einem Werks-Spektakel in Minden (nicht Minden) zu berichten: "Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hätte sich kein 'zahmeres' Publikum wünschen können, als er gestern mittag in der Fertigungshalle von R. & G. Schmöle vorfand. Die Besucherzahl mochte auf 2.000 zugehen. 'Kein Kunststück', kommentierte ein kritischer Zuhörer, 'wenn die R. & G.-Leute, die diese Wahlkundgebung besuchen, ihre Stunden bezahlt bekommen und wenn außerdem Mindener Schulen den Besuch gleich für ganze Klassen zur Pflichtübung machen!'."

Soweit also zum Thema Bundeskanzler im Wahlkampf in den Betrieben. Doch das war 1965 und 1969. Beide Kanzler waren Christdemokraten gewesen. Und alles war okay.

Auch 1972 geht ein Kanzler in Betriebe, allerdings von Unternehmensleitung und Betriebsrat gemeinsam eingeladen: der Sozialdemokrat Willy Brandt. Und schon tönt es laut, wütend und anklagend aus dem Lager der Opposition und der Arbeitgeberverbände: "Brandt trägt den Wahlkampf in die Betriebe". Und plötzlich haben, wie die fixen Wickert-Institute feststellen ließen, auch angeblich "84 vH. der Wahlberechtigten" etwas gegen "Betriebsauftritten von Regierungsmitgliedern". 1965 und 1969 hatte Wickert nicht herungefragt.

Alexander O. Boelsch
(-/27.10.1972/ks) sab)

+ + +

München ist natürlich nicht Bonn

Bayerns CSU-Regierung beteiligt sich am Wahlkampf

Zur gleichen Zeit, da der CSU-Landesvorsitzende Franz Josef Strauß behauptete, man könne "nicht mehr von einer Freien Wahl" sprechen, weil u.a. die Bundesregierung mit Steuermitteln Wahlwerbung betreibe, hat die bayerische CSU-Landesregierung eine umfangreiche und kostspielige Wahlwerbung für den 19. November vorbereitet.

Für Plakate wurden im ganzen Lande Werbeflächen bestellt. Am 16. Oktober verschickte die bayerische Staatskanzlei an alle staatlichen Behörden ein Rundschreiben, worin "Informationsmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung" angekündigt worden sind. Die bayerische Staatsregierung, so heißt es in diesem Schreiben, "gibt aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahlen unter dem Titel 'Bayern - zum Beispiel' einen Halbjahresbericht für die zwei zurückliegenden Jahre der Legislaturperiode in Bayern heraus". Die staatlichen Behörden werden aufgefordert, "das in Form eines Faltblattes erscheinende Informationsmaterial für Besucher der Dienststellen aufzulegen". Ein ähnliches Schreiben ist an alle Landratsämter gegangen. Diesen wurde mitgeteilt, das Informationsblatt in ausreichender Zahl den Gemeinden ihres Landkreises zur Verfügung zu stellen sowie für Besucher des Landratsamtes aufzulegen.

Die bayerische CSU-Regierung hatte bereits während des Landtagswahlkampfes 1970 eine Unmenge von Propagandaschriften, getarnt als Programme und Informationen, herausgebracht und tonnenweise verschickt. Durch die sogenannten dienstlichen Informationen haben sie dann ihre Werbekampagnen fortgesetzt, usw. unter anderem mit dem Abdruck der Rede des Münchner Regierungschefs Goppel über die Ostpolitik. Bei dem "Halbjahres-Bericht" wird gar nicht mehr verschwiegen, daß er aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl verfaßt wird. Halbjahres ist übrigens erst im Dezember.

Die SPD denkt selbstverständlich nicht daran, von einer Beeinträchtigung der Wahl zu sprechen. Der größte Teil der Informationen dürfte ohnehin beim Altpapierhändler landen. Viele Behörden, leider vor allem Bürgermeister und Landräte, bestellen zwar aus Pflichtübung das Faltblatt, lassen es aber dann in den Kellern verschwinden. Wahlkampfmaterial verschickte auch der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten Dr. Franz Heubl, wozu er seinen amtlichen Briefkopf und den amtlichen Freistempel benutzte. In der Fragestunde des bayerischen Landtages deshalb kritisiert, verteidigte Ministerpräsident Goppel seinen Kollegen mit dem unverfrorenen Hinweis, dieser habe nur pflichtgemäß und gesetzkräftig gehandelt, indem er die CSU-Abgeordneten über die Tätigkeit der Regierung Brandt/Scheel unterrichtete. (ib/27.10.1972/bgy/ja)

Die Glosse des SPD-Pressedienstes

Pressefreiheits-Merkpruch für Axel Cäsar Springer

Starke Rotfilter arbeiten das Schwarz kräftig heraus. Das gilt für die Fotografie. Das gilt für "Bild". Wer überall rot sieht, der kann nur noch schwarzsehen. Statt Bild erhält man Zerrbild. Aus Straußenfedern werden Engelsflügel. Beispielsweise.

Einem Blick in die Trickkiste von "Bild" dürfte jetzt - unfreiwillig - Bremens SPD-Bürgermeister Hans Koschnick tun. Er sah, las und staunte: "Bürgermeister Koschnick kaufte ein Haus, und der Spielplatz nebenan verschwand". Denn, wie nicht nur er selbst, sondern auch der Stadtteilbeirat, das Gartenbauamt und die örtliche Elterninitiative wussten, war der Sachverhalt genau umgekehrt: Bürgermeister Koschnick hatte dafür gesorgt, dass ein Spielplatz eingerichtet wurde. Und eben dies war der "Bild"-Redaktion am Tage vor der Veröffentlichung auch mitgeteilt worden. Da aber nach "Bild"-Logik offenbar Sozialdemokraten nichts Gutes zuzutrauen ist, verwandelte sich das Lob für den sozialdemokratischen Bürgermeister auf dem Wege zu den Springer-Setzmaschinen in pures Gift.

So weit, so schlecht. Immerhin, Bürgermeister Koschnick hatte noch soviel Vertrauen zur journalistischen Fairneß der "Bild"-Zeitung, dass er - ohne juristischen Begleitschutz - eine "Gegendarstellung" auf den Weg nach Hamburg brachte. Dort würde sie vermutlich heute noch beim Pförtner der Springer-AG Staub ansetzen, wenn nicht der Bürgermeister schließlich, und bisher insgesamt dreimal, die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen hätte. Erst drei einstweilige Verfügungen, verbunden mit der Androhung von Haft- und Geldstrafen gegen die Springer-AG, verhalfen Hans Koschnick zu seinem Recht: Zu dem simplen Bürgerrecht einer ordentlichen Gegendarstellung, das dem Einzelnen helfen soll, sich gegen die Allmacht der Presse zur Wehr zu setzen. "Wild" wollte es Hans Koschnick verweigern.

Feststellung des Bürgermeisters: "Ich habe mich durchgesetzt. Aber nur, weil mir, wenn es not tut, viele Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Weil ich die Möglichkeit habe, versierte Juristen einzuschalten. Ich frage mich: Wie verhält sich die Springer-AG gegenüber dem Staatsbürger Meier oder Müller? Haben Meier und Müller bei Springer überhaupt eine Chance, ihr Recht zu bekommen?"

Haben sie ...:

Merkpruch für Herrn Springer: Mit der Pressefreiheit ist es genauso wie mit dem Eigentum - beide werden am meisten durch diejenigen gefährdet, die Mißbrauch damit treiben!
(-/27.10.1972/dgy/kd/ex)